



Kurshalten in der Wirtschaftspolitik

Das Jahresgutachten der fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstitute zeigt: Wir sind auf dem richtigen Weg. Auch 2008 wird ein Jahr des Aufschwungs sein. Die Chancen, die Zahl der Arbeitslosen auf unter 3,5 Mio. zu senken, sind gut. Wir müssen sie nutzen! Die Gutachter warnen davor, den Kurs wirtschaftspolitischer Vernunft zu verlassen. „Den Aufschwung stärken – jeder muss erreicht werden“ – das Motto unseres Fraktionsvorstandsbeschlusses bleibt unser Auftrag. Wir lassen uns durch höhere Steuereinnahmen nicht vom Ziel der schnellen Haushaltskonsolidierung abbringen, sondern nutzen die Gunst der Stunde, um möglichst bald einen ausgeglichenen Bundesetat vorzulegen. Auf dem Arbeitsmarkt halten wir am Kurs des Förderns und Forderns fest. Die sinkenden Arbeitslosenzahlen und die deutliche Steigerung der Beschäftigungsquote der über 50-Jährigen zeigen die Richtigkeit dieser Politik. Der Aufschwung ist ein Gemeinschaftswerk von Unternehmen, richtiger Politik und vor allem von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Sie müssen am Aufschwung beteiligt werden. Deshalb werden wir die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung so weit senken wie möglich, mindestens aber auf 3,5 Prozent.

Reform der Pflegeversicherung beschlossen

Vergangene Woche hat das Bundeskabinett die Reform der Pflegeversicherung beschlossen. Das war ein guter Tag für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich erfolgreich für eine Verbesserung der Leistungen eingesetzt: Erstmals seit Einführung der Pflegeversicherung im Jahr 1995 werden die finanziellen Leistungen angehoben, das Prinzip „ambulant vor stationär“ wird gestärkt. Altersverwirrte Menschen haben nun ebenfalls Anspruch auf Unterstützung durch die Pflegeversicherung. Mit 0,25 Prozent bleiben die Beitragserhöhungen sehr gering. Angesichts einer Sozialabgabenquote von über 40 Prozent sind wir das den Beitragszahlern schuldig. Die aus den Beitragszahlungen resultierenden Zusatzeinnahmen in Höhe von 2,7 Mrd. Euro müssen den wirklich Bedürftigen zukommen, und das sind die Pflegepatienten. Berufstätige Angehörige von Pflegebedürftigen erhalten ein Anrecht auf eine 6-monatige Pflegezeit sowie eine zusätzliche, kurzfristige zehntägige Pflegezeit im Akutfall, um ihnen bei der Organi-

sation der Pflege zu helfen. Die Finanzierung dieser Zeiten muss Aufgabe des Einzelnen sein. Das entspricht dem Prinzip der gesellschaftlichen Subsidiarität und der familiären Solidarität. Die Forderung der SPD nach einer bezahlten Pflegezeit führt entweder zu höheren Beiträgen oder zu geringeren Leistungen für die Pflegebedürftigen. Das ist mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht zu machen. Mit der SPD war leider der Aufbau einer Demographiereserve nicht möglich, mit der wir den absehbar steigenden Belastungen der Pflegeversicherung in den kommenden Jahren begegnen wollten. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, die Generationengerechtigkeit in den Sozialversicherungssystemen zu stärken.

KONTAKT

Klaus-Peter Flosbach MdB
Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Tel.: (030) 227-71 401
Fax : (030) 227-76 301
Mail: klaus-peter.flosbach@bundestag.de

Investitionsstandort Deutschland stärken – politischen Missbrauch verhindern

Deutschland ist der Investitionsstandort Nummer eins in Europa. 2006 haben ausländische Unternehmen mehr als 42 Mrd. US-Dollar in deutsche Firmen investiert. Das stärkt das Wirtschaftswachstum und schafft Arbeitsplätze. Deswegen müssen wir die Bedingungen weiter verbessern, um noch mehr Investitionen anzulocken. Wir sind auf einem guten Weg, wie uns zum Beispiel die Amerikanische Handelskammer bestätigt: Infolge der Reformpolitik der vergangenen Jahre ist Deutschland wieder das beliebteste Land für amerikanische Anleger weltweit. Allerdings beobachten wir die Verquickung wirtschaftlicher und politischer Interessen mit Sorge. Ausländische Investitionen dürfen nicht der versteckten politischen Einflussnahme auf unser Land und unsere Wirtschaft dienen. Wir werden nicht zulassen, dass Schlüsselindustrien, die von fundamentaler Bedeutung für unsere nationale Sicherheit sind, zum Spielball ausländischer Interessen werden. Deswegen werden wir uns für eine entsprechende Schutzregel einsetzen. Wichtig ist: Wir bleiben offen und attraktiv für ausländische Investitionen, schützen uns aber vor ungewollter politischer Einflussnahme.



Die Woche im Parlament

Der konjunkturelle Aufschwung hat dazu beigetragen, dass die Zahl der Arbeitslosen auf dem Arbeitsmarkt, die im Bereich des SGB III gefördert werden, reduziert werden konnte. Das ermöglicht es uns, mit dem in erster Lesung zu debattierenden **6. Gesetz zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch u. a. Gesetze** die Überschüsse im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit zur Entlastung der Beitragszahler zu verwenden. Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wird zum 1. Januar 2008 von 4,2 auf mindestens 3,9 Prozent gesenkt. Eine weitere Absenkung wird im Laufe der parlamentarischen Beratung geprüft, wir wollen 3,5 Prozent. Dadurch werden die Beitragszahler erneut entlastet, nachdem der Beitragssatz bereits zum 1. Januar 2007 von 6,5 Prozent auf 4,2 Prozent gesenkt worden ist. Zudem ist die Bildung eines Versorgungsfonds bei der Bundesagentur vorgesehen, der der Nachhaltigkeit des eingeleiteten Konsolidierungsprozesses der Bundesagentur dient und diese künftig von Konjunkturschwankungen unabhängiger machen soll.

In zweiter und dritter Lesung beraten wir das **Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens „Kinderbetreuungsausbau“**. Mit dem Kinderbetreuungsfinanzierungsgesetz (KBFG) wird in 2007 ein Sondervermögen errichtet, das an die Länder Finanzhilfen für Investitionen nach Art. 104b GG zum Ausbau der Kinderbetreuung für die unter Dreijährigen gewähren soll. Der Bund stellt 2,15 Milliarden Euro für Neubau-, Ausbau-, Umbau-, Sanierungs-, Renovierungs-, Modernisierungs- und Ausstattungsmaßnahmen in Einrichtungen und für die Kindertagespflege zur Verfügung. Die Gewährung der Finanzhilfen wird durch gesonderte Verwaltungsvereinbarung mit den Ländern geregelt. In diesem Zusammenhang beraten wir auch das **Nachtragshaushaltsgesetz 2007**, das die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen schafft, um das Sondervermögen des Bundes zum Kinderbetreuungs-ausbau auszustatten.

Eine neue Kronzeugenregelung soll mit dem **Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches - Strafzumessung bei Aufklärungs- und Präventionshilfe** eingeführt werden. Richter sollen bei Straftätern, die zur Verhinderung oder Aufklärung schwerer Straftaten beitragen, die Strafe mildern oder ganz von Strafe absehen können. Die alte Kronzeugenregelung war am 31.12.1999 ausgelaufen. Die Anwendung ist nur bis zur Eröffnung der Hauptverhandlung möglich. Damit wollen wir erreichen, dass begangene Straftaten wirksamer verfolgt und drohende Straftaten effektiver verhindert werden können.

Flosbach trifft Weltbank-Präsidenten

Wie kann der Einfluss von Staatsfonds aus Schwellenländern wie China oder Russland auf deutsche Unternehmen offen gelegt und begrenzt werden? Diese Frage interessierte die deutsche Delegation auf der Tagung von Weltbank und internationalem Währungsfonds. Mit dabei war auch Oberbergs Bundestagsabgeordneter Klaus-Peter Flosbach, der am Wochenende nach Washington gereist war. Für den Finanz- und den Entwicklungshilfenausschuss des Bundestages nahm Flosbach zum dritten Mal an der Konferenz teil.

„Ein großes aktuelles Problem war die Stabilisierung der internationalen Finanzmärkte“, berichtet Flosbach. Zum Thema Afrika-Hilfen traf der Politiker mit Weltbank-Präsidenten Robert Zoellick und Entwicklungsministerin Heidemarie-Wieczorek-Zeul zusammen. Zu der Tagung kommen jedes Jahr weltweit alle Finanz- und Entwicklungshilfeminister.



Entwicklungshilfeministerin Heidemarie-Wieczorek-Zeul, Weltbankpräsident Robert Zoellick, Bundestagsabgeordnete Ute Koczy, Klaus-Peter Flosbach